

Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP/DVP

**zu der Beschlussempfehlung und zu dem Bericht
des Ausschusses für Europa und Internationales
– Drucksache 16/5548**

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz
und für Europa vom 24. April 2017
– Drucksache 16/1967**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Weißbuch zur Zukunft Europas**

Der Landtag wolle beschließen,
festzustellen,

1. dass das im März 2017 vorgelegte Weißbuch von Kommissionspräsident Juncker in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und auch in Baden-Württemberg eine breite öffentliche Debatte über die künftige Entwicklung der Europäischen Union angestoßen hat;
2. dass das Europa-Leitbild der Landesregierung, in das die Ergebnisse des vom Ministerium der Justiz und für Europa und dem Staatsministerium 2018 durchgeführten Dialogprozesses mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Expertengremien zur Zukunft Europas eingeflossen sind, eine gute Grundlage ist, um die Interessen und europapolitischen Leitsätze des Landes in Brüssel einzubringen und auch im Land selbst unmittelbar umzusetzen, allerdings ein visionäres Zukunftsbild unserer Vorstellung von Europa vermissen lässt;
3. dass die Europäische Union als Werteunion der Achtung der Menschenwürde, der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Minderheiten, der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist und ihre Mitgliedsstaaten diese Werte uneingeschränkt zu achten haben;
4. dass die Zuständigkeiten der Europäischen Union bei Fragen europäischer und globaler Dimension, insbesondere in den Bereichen Außen- und Verteidigungspolitik, Migration und Flüchtlingspolitik sowie Klima- und Energiepolitik durch eine Stärkung des europäischen CO₂-Zertifikatehandels, gestärkt werden müssen;
5. dass die Europäische Union nach dem Prinzip der Subsidiarität von unten nach oben aufgebaut ist und Gemeinden, Städte, Landkreise und Regionen als bürgernächste Einheiten bei Zielen, die diese selber ausreichend erreichen können, genügend Gestaltungsspielraum erhalten sollen;

6. dass bei einer vertieften Zusammenarbeit einzelner Mitgliedsstaaten in bestimmten Bereichen, die nach EU-Vertrag bereits heute möglich ist und vom Landtag unterstützt wird, die demokratische Rückbindung an die Mitgliedsstaaten und die nationalen Parlamente entsprechend der Verfasstheit der Mitgliedsstaaten gewährleistet werden muss, um die Akzeptanz und den Erfolg des europäischen Projekts zu befördern;
7. dass die Zögerlichkeit der Landesregierung, eine positive Haltung zum kanadisch-europäischen Freihandelsabkommen CETA zu formulieren, den Interessen des Landes und der baden-württembergischen Wirtschaft schadet;
8. dass die Landesregierung bei der Diskussion zur Vermeidung von Fahrverboten für Dieselaautos mittels einer wissenschaftlichen Neubewertung der Grenzwerte für Stickoxide nicht genug Nachdruck entwickelt.

31. 01. 2019

Dr. Rülke, Dr. Schweickert
und Fraktion